

# Protest!

Der Rat der Hauptstadt Hannover hat in seiner Sitzung vom 25. 9. 1950 den Antrag auf

## Wiedererrichtung einer evangelischen und katholischen Volksschule in Döhren

gegen die Stimmen der CDU und der DP abgelehnt.

Niemals ist von einem Minister, einer Behörde oder sonst einer Körperschaft das grundsätzliche Recht der christlichen Eltern auf die Bekenntnisschule in Zweifel gezogen worden. In vielen hunderten Gemeinden sind daher auch nach 1945 Bekenntnisschulen wieder eingerichtet; aber nicht in Hannover.

Bisher hat der Rat stets Raummangel und technische Schwierigkeiten infolge der Zerstörungen als Grund für die Nichterrichtung angegeben. Jetzt aber kam es klar und deutlich zum Ausdruck:

## Man will die Bekenntnisschule nicht!

Ein unerhörter Vorgang! Der Rat, Hüter und Wahrer demokratischer Grundsätze, setzt Macht vor Recht; er fordert von seinen Mitbürgern Achtung und Ehrfurcht vor den Gesetzen und setzt sich selbst über bestehende Gesetze hinweg; denn rechtens ist das preußische Volksschulunterhaltungsgesetz, das die Bekenntnisschule als Regelschule vorsieht. An dieser Rechtslage hat auch die Weimarer Verfassung nichts geändert, auch das nationalsozialistische Regime nicht, das lediglich auf dem Verwaltungswege widerrechtlich und mit Gewalt die Bekenntnisschule beseitigte. Auf den Rechtsstandpunkt stellten wir uns auch, als wir uns bei der Abstimmung im Jahre 1946 mit überwältigender Mehrheit für die Bekenntnisschule aussprachen.

Frotzdem lehnt der Rat den Antrag ab!

Dürfen wir da schweigen? — Schweigen wäre Zustimmung!

## Wir erheben hiermit Protest gegen den widerrechtlichen Ratsbeschluß und den Mißbrauch der Macht!

Wir rufen öffentlich die Regierung an! Sie muß eingreifen! Wir fragen die Minister unseres Landes: Darf solche Handlungsweise geduldet werden? Wird dann nicht riskiert, daß andere Gruppen andere Gesetze brechen und wir so der Anarchie zutreiben?

Wie soll die Autorität der Landesregierung gewahrt werden, wenn der Rat der Stadt Landesgesetze mißachtet? Ihr habt einen Eid geleistet!

## Wir christlichen Eltern richten einen feierlichen Appell an die Regierung und die Minister! Wir fordern unser Recht!

# Die Gegner der Bekenntnisschule

Was wollen sie eigentlich? Sie sagen: die einheitliche Gemeinschaftsschule für alle.

Wie soll diese denn aussehen?

Wer zweifelt daran, daß die Kommunisten die verhasste Einheitsschule nach sowjetischem Muster wollen, frei von Gott und aller Religion; denn ihre Triebkraft ist der Gottessaß.

Ihr ähnlich ist die freie weltliche Schule der einen Gruppe der Sozialdemokraten. Auch für sie ist „Religion Optium für das Volk“. So wird auch die Schule religionslos sein.

Die andere Gruppe der Sozialdemokraten aber möchte wohl im Einklang mit den liberalen Demokraten eine nicht ganz religionslose Schule. Ein notdürftiger Religionsunterricht soll beibehalten werden; aber eine Erziehung, auf christlichen Grundsätzen aufgebaut, mit christlichem Geiste erfüllt und von christlichen Erzieherpersönlichkeiten vermittelt, soll nicht von der Schule geleistet werden.

So also sieht diese Einheits-Gemeinschaftsschule aus:

die einen predigen den Atheismus — die anderen einen Gottesglauben,  
die einen leugnen Gott — die anderen bejahen ihn wenigstens,  
die einen hassen ihn — die anderen möchten ihn respektiert wissen.

## Ist das nicht wie Feuer und Wasser

Diese widerstreitenden Elemente sollen Grundlage für die Erziehung unserer Kinder sein!

## Wir christlichen Eltern fordern für unsere Kinder die Bekenntnisschule

die katholische wie die evangelische. Sie ruht in der Anerkennung Jesu Christi, als des menschgewordenen Gottessohnes und seiner Lehre, die er uns als frohe Botschaft brachte. Da ist Fundament! Da sind Grundsätze! Da ist Ordnung! Da ist Klarheit und Wahrheit!

Wir katholischen, christlichen Eltern erklären uns solidarisch mit unseren Brüdern und Schwestern in Döhren und bekennen uns zu diesem Protest durch unsere Unterschrift.

Das Kuratorium  
der Katholiken-Ausschüsse

in Hannover

Sept. 1950